Pressemitteilung

Bayerischer Hausärztinnen- und Hausärzteverband

Delegiertenversammlung: Politik muss Wort halten und die Hausarztpraxen als erste Anlaufstelle sichern

München, 18. November 2026 – Die Politik muss Wort halten, haben die Delegierten des Bayerischen Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes auf ihrer Herbstversammlung am Samstag, 14.11.2026, in Nürnberg in ihrem einstimmig verabschiedeten Leitantrag gefordert. Die Hausarztzentrierte Versorgung (HZV) muss fester Bestandteil des für Dezember 2026 angekündigten Gesetzentwurfs zum Primärversorgungssystem sein. „Wir Hausärztinnen und Hausärzte sind Teil der Lösung. Mit unseren Praxisteams versorgen wir bereits jetzt zwölf Millionen Versicherte in der Hausarztzentrierten Versorgung (HZV). Wissenschaftliche Evaluationen haben belegt, dass eine verbindliche, koordinierte und patientenzentrierte Steuerung über die Hausarztpraxis funktioniert“, so Dr. Wolfgang Ritter, Landesvorsitzender des Bayerischen Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes.

Um das Erfolgsmodell HZV zukunftsfest zu gestalten, fordern Bayerns Hausärztinnen und Hausärzte von der Politik, entsprechende Rahmenbedingungen im geplanten Gesetz zu verankern. So muss der Kontrahierungszwang der Krankenkassen für Hausarztverträge nach § 73b SGB V sowie die Fortgeltungsklausel uneingeschränkt erhalten bleiben. Außerdem warnt der Bayerische Hausärztinnen- und Hausärzteverband vor einer falschen Steuerung über die geplante digitale Ersteinschätzung. Diese dürfe nicht zu einer Parallelstruktur führen. Dr. Ritter: „Wir brauchen eine klare Steuerung der Patienten. In unseren hausärztlichen Praxen behandeln wir bereits jetzt über 80 Prozent der Patientinnen und Patienten fallabschließend. Über die HZV als feste hausärztliche Anbindung haben nur wir Hausärztinnen und Hausärzte Vorerkrankungen, Medikation und Behandlungsverläufe im Blick. Das ist nicht nur gut für unsere Patientinnen und Patienten, sondern schont Ressourcen im Gesundheitssystem.“

Neben der Einführung eines verbindlichen Primärarztsystems in der Hausarztzentrierten Versorgung sowie im Kollektivvertrag hat die Delegiertenversammlung eine Reihe weiterer Forderungen verabschiedet. So müsse die Gesetzeslücke zur Regulierung investorengetragener Medizinischer Versorgungszentren (iMVZ) schnellstmöglich geschlossen werden. Auch dies hatten CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

Weitere Forderungen sind die Abschaffung der Impfregresse und ein freiwilliges Dispensierrecht für Impfstoffe in Arztpraxen. Dr. Ritter: „Indikationsstellung, Impfstoffauswahl, Aufklärung, Prüfung von Kontraindikationen, Lagerung, Applikation, Dokumentation und die Versorgung möglicher Impfreaktionen liegen bereits heute in ärztlicher Verantwortung. Es ist daher folgerichtig, Arztpraxen auch die Möglichkeit zu geben, die von ihnen unmittelbar angewendeten Impfstoffe selbst zu beziehen und abzurechnen.“

Ein Interview mit Dr. Wolfgang Ritter zu den Ergebnissen der Delegiertenversammlung sehen Sie hier: https://youtu.be/Bfo0_Spm0Ug

Eine Beschlussübersicht finden Sie hier.

Für Rückfragen: Ruth Sharp, +49 89 127 39 27 61; Torsten Fricke, Mobil +49 171 41 58 329